

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich der antragstellenden SPD-Fraktion das Wort. Bei mir ist der Abgeordnete Körfges gemeldet.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter der Überschrift „Gemeinsam neue Wege gehen“ haben SPD und Grüne einen Koalitionsvertrag beschlossen, der auch für unsere Kommunen, für die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, neue Wege beschreitet.

Meine Damen und Herren, wir wollen gemeinsam die Kommunen stärken. Dazu gehören auch die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die Schaffung neuer Handlungsspielräume, insbesondere neuer Handlungsspielräume hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir endgültig die Fesseln lösen, die der Kommunalwirtschaft durch die Verschärfung des § 107 angelegt worden sind.

Dabei geht es darum, die einseitige ideologische Sicht des „Privat vor Staat“ durch größere Handlungsspielräume für Städte und Gemeinden zu ersetzen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nicht abstrakte ordnungspolitische Überlegungen, sondern die Frage, in welcher Form Kommunen im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger, im Interesse der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch im Interesse der kommunalen Leistungsfähigkeit Daseinsvorsorge organisieren, muss im Mittelpunkt stehen. „Privat vor Staat“ war gestern, meine Damen und Herren. Kommunale Handlungsfähigkeit ist jetzt und hier und heute.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Das bedeutet bezogen auf die Regelungen des § 107 der Gemeindeordnung: Unsere Kommunen in NRW dürfen nicht mehr länger unter der schärfsten Reglementierung der Kommunalwirtschaft leiden, die es in der gesamten Bundesrepublik Deutschland gibt, meine Damen und Herren.

Deshalb wollen wir – das kommt ja eigentlich relativ einfach daher – das Tatbestandsmerkmal dringend wieder aus dem Wortlaut des § 107 streichen. Denn, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nur so kann verhindert werden, dass die Kommunalwirtschaft auf Dauer zur unprofitablen Restwirtschaft verkommt und Städte und Gemeinden nur noch solche Aufgaben wahrnehmen können und dürfen, die für private Wettbewerber wegen fehlender Gewinnaussichten nicht profitabel genug erscheinen.

Wir wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, uns dabei nicht nur auf die Meinung der Regierungskoalition beziehen – ganz im Gegenteil! –; denn weit über die Grenzen der Regierungskoalition hinaus, gerade aus dem Bereich der Kommunen, insbesondere auch von Hauptverwaltungsbeamten der CDU aus Städten und Gemeinden, die mit bürgerlich-liberaler Mehrheit geführt werden, meine Damen und Herren, hat es seinerzeit einen Aufschrei gegen diese Änderung in der Gemeindeordnung gegeben.

Wir unterstützen diejenigen, die diese Benachteiligung so schnell wie möglich zurückgenommen sehen wollen, insbesondere kommunale Spitzenverbände und den Verband kommunaler Unternehmen, aber auch – das gilt insbesondere für die Kolleginnen und Kollegen

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

der CDU, die ich herzlich zum Mitmachen einlade – die vielen verantwortungsbewussten christdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die wir in der Frage an unserer Seite wissen.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Die ehemalige Landesregierung hat das alles ignoriert. Selbst die eindrucksvolle Großdemonstration am 7. März vor dem Landtag hat sie nicht zum Einlenken bewogen. Statt dieses Menetekel ernst zu nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, galt Ihnen offensichtlich „Privat vor Staat“ bis unmittelbar vor dem Termin der Landtagswahl weiter als Handlungsmaxime.

Allen anderen Interpretationsversuchen über das Wahlergebnis will ich an der Stelle auch einmal eine klare Absage erteilen. Sie sind auch und gerade deshalb abgewählt worden, weil die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen gerade nicht „Privat vor Staat“ haben wollten.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Deshalb unsere herzliche Einladung an alle Fraktionen des Hauses ...

(Lachen von der CDU)

– Wie gesagt, Sie müssen sich nicht unbedingt persönlich eingeladen fühlen. Ich hoffe und setze auf mehr Sachverstand in Ihrer Fraktion, Herr Kollege.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Die Frage der Chancengleichheit und Wettbewerbsfähigkeit gilt besonders für kommunale Energieversorgungsunternehmen. Mit der Änderung, dem neuen § 107a, wollen und werden wir unseren Stadtwerken in Nordrhein-Westfalen zu mehr Wettbewerbsgerechtigkeit verhelfen. Wir wollen die Energieversorgung nicht wenigen, genau vier marktbeherrschenden international agierenden Privatunternehmen, überlassen, sondern wollen unsere Stadtwerke als Träger des Wettbewerbs und als Entwicklungsmotoren für eine regenerative und dezentrale Energieversorgung stärken. Das ist ein politisches Gebot der Stunde.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Dabei entbehrt es nicht einer gewissen Pikanterie, dass die ehemalige Wirtschaftsministerin durch die Vorstellung des Gutachtens von Herrn Prof. Dr. Burgi hierzu hilfreiche Argumente geliefert hat, die leider im Bereich der ehemaligen Landesregierung nicht gehört worden sind.

Der von uns, insbesondere auch von den Kolleginnen und Kollegen der Bündnisgrünen, unterbreitete Vorschlag stößt auf einhellige Zustimmung in allen betroffenen Kreisen bis hin zu denjenigen, die als Mitbewerber in der privatwirtschaftlichen Energieversorgung tätig sind. Meine Damen und Herren, das sollte Ihnen an dieser Stelle zu denken geben.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Es ist dringender Handlungsbedarf gegeben, damit für unsere Stadtwerke, für unsere kommunalen Unternehmen endlich wieder Wettbewerbsgleichheit hergestellt wird.

Das gilt beileibe nicht nur für privatwirtschaftliche Konkurrenten; denn es konkurrieren mit unseren Stadtwerken auf dem Gebiet des Landes Nordrhein-Westfalen auch kommunale

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Energieversorgungsunternehmen aus anderen Bundesländern, die eine solche engstirnige Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit nicht kennen.

Ich würde mich freuen, wenn ich irgendwann auch über nordrhein-westfälische Stadtwerke so positive Nachrichten lesen könnte wie unlängst über zahlreiche Stadtwerke aus Bayern und Baden-Württemberg, die erst vor wenigen Tagen im Verbund den Offshore-Windpark nordwestlich von Borkum übernommen haben.

Meine Damen und Herren, auch in diesem Bereich müssen wir unserer heimischen Energiewirtschaft, unseren nordrhein-westfälischen Stadtwerken zu mehr Handlungsfähigkeit verhelfen. Auch dazu sind Sie herzlich eingeladen. Ich denke, Sie werden sich an dieser Stelle den Empfehlungen der ehemaligen Wirtschaftsministerin nicht verschließen können.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Ein letzter Punkt: Handlungsfähigkeit betrifft gerade auch verwaltungsinterne Dienstleistungen. Bislang gab es in Nordrhein-Westfalen nur die Möglichkeit, nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit zum Beispiel bei der Nutzung von IT-Bereichen gemeinsam zu arbeiten. Auch hier wollen wir – gerade wenn es darum geht, sich an privatwirtschaftlich organisierten kommunalen Unternehmen zu beteiligen – den Kommunen größere Handlungsspielräume eröffnen. Ich setze da – herzlichen Glückwunsch, lieber Ralf – ganz auf den neuen Innenminister des Landes. Meine Damen und Herren, auch dort wollen wir neue Handlungsspielräume einräumen und interkommunale Aufgabenerledigung in Zukunft hier möglich machen wie andernorts auch.

Kommunale Selbstverwaltung – damit komme ich zum Schluss – beinhaltet auch und gerade das Recht, sich im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung, im Bereich der Daseinsvorsorge zu bewegen. Wir wollen kommunale Unternehmen als zuverlässige Dienstleister stärken, ihre Möglichkeiten verbessern und uns von den ideologischen Scheuklappen befreien, die Sie diesem Bereich in der letzten Wahlperiode auferlegt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gut. Es sichert langfristig angemessene Arbeitsplätze, stärkt unsere Kommunen und hilft dem gesamten Land. Ich bitte um die Unterstützung des Hohen Hauses dafür, dass es den Stadtwerken, den Energieversorgern, den kommunalen Unternehmen in unserem Land zukünftig wieder besser geht. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Körfges. – Ich gebe nun Herrn Abgeordneten Horst Becker das Wort, möchte allerdings auf Folgendes hinweisen: Herr Abgeordneter, Sie sind gerade von der Ministerpräsidentin als Parlamentarischer Staatssekretär vorgestellt worden. Hier handelt es sich allerdings um einen Fraktionsantrag. Ich gehe davon aus, dass Sie nicht als Parlamentarischer Staatssekretär, sondern als Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sprechen.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident, Sie haben das völlig richtig eingeschätzt. - Ich darf zunächst einmal sagen, dass ich mich ganz besonders freue, dass wir nach den Diskussionen, die wir in den letzten fünf Jahren zu diesem Thema gehabt haben, heute diesen Ge-